

Pressemappe

Pressekonferenz: Veröffentlichung des »Report Globale Flucht 2024«

- 1. Pressemitteilung**
- 2. Pressekonferenz: Programm**
- 3. Statements zum »Report Globale Flucht 2024«**
- 4. Überblick und Inhalt des »Report Globale Flucht 2024«**
- 5. Zusammenfassung der Kernbotschaften des »Report Globale Flucht 2024«**
- 6. Informationen und Kontakt FFVT-Projekt**

Pressemitteilung, 27. Mai 2024

»Report Globale Flucht 2024« bietet Orientierung in einem unübersichtlichen Feld – Ein umfassender Blick auf Flucht, Konflikte und internationalen Schutz

Der nunmehr im zweiten Jahr im S. Fischer Verlag erscheinende »Report Globale Flucht« befasst sich mit einem der drängendsten Themen unserer Zeit. Der Report ist die erste regelmäßig herausgegebene, deutschsprachige Veröffentlichung zum Thema Flucht. Er wird jährlich vom Verbundprojekt „Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer“ (FFVT) veröffentlicht.

Bonn/ Erlangen/ Osnabrück. Weltweit sind zig Millionen Menschen auf der Flucht – im eigenen Land, in vielen Regionen der Welt, über Meere hinweg und Grenzzäunen zum Trotz. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, der Rechtsruck bei den Europawahlen und die gesellschaftlichen Kontroversen um Krieg und Flucht im Gazastreifen verdeutlichen die Dringlichkeit des Themas. Im »Report Globale Flucht« widmen sich 37 Autor:innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft wichtigen strukturellen wie aktuellen Fragen zu Fluchtbewegungen in Europa und der Welt. Sie richten sich an interessierte Bürger:innen. Der Report will die gesellschaftliche Debatte mit forschungsbasierten Informationen und historischen Einordnungen bereichern und neue Perspektiven eröffnen. Dazu hinterfragt er weit verbreitete Daten, Konzepte und Standpunkte.

Jährlich behandelt der »Report Globale Flucht« ein Schwerpunktthema. In diesem Jahr steht die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Vordergrund.

Der Report ist ab Mittwoch im Buchhandel erhältlich. Für weitere Informationen kontaktieren Sie gerne

Dr. Franck Düvell in Vertretung des Herausgeber:innen-Teams per E-Mail an franck.duvell@uniosnabrueck.de

Programm

10:00 – 10:05 **Begrüßung**

10:05 – 10:15 **Überblick über die Inhalte des »Report Globale Flucht 2024« und
Vorstellung der Kernbotschaften**

10:15 – 11:00 **Fragen**

11:00 **Verabschiedung**

11:00-12:00 **Zeit für individuelle Fragen und Interviews**

Der »Report Globale Flucht 2024« ...

... ist der einzige deutschsprachige Report zum Thema Globale Flucht.

... erscheint jährlich in Zusammenarbeit mit dem Fischer Verlag. Auch die zweite Ausgabe bringt namhafte deutsche und internationale Wissenschaftler:innen zusammen und bezieht auch Geflüchtete mit ein.

... wird wieder mit einem Fokusthema eröffnet, in diesem Jahr geht es um die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems GEAS.

... bietet kritisch-reflexive Perspektiven: Er hinterfragt geläufige Daten, Begriffe, Abläufe, Konzepte, Standpunkte, historische Einordnungen und Narrative.

... widmet sich gegenwärtigen und historischen Fluchtprozessen, nimmt räumlich und zeitlich übergreifende Einordnungen vor.

... vereint Perspektiven unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen zum Themenfeld Flucht, nimmt die ganze Bandbreite fluchtbezogener Themen in den Blick, spiegelt die Komplexität von Flucht wider und wirkt vereinfachenden und verengten Perspektiven entgegen.

Statements zum »Report Globale Flucht 2024«

„Die jüngste Reform des Europäischen Asylsystems vernachlässigt das Ziel der Schutzgewährung von Asylsuchenden gegenüber dem – an sich berechtigten – Anspruch der Mitgliedstaaten auf Kontrolle ihrer Grenzen. Der Report Globale Flucht verlangt stattdessen eine Rückbesinnung auf jene menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards, die dem GEAS eigentlich zugrunde liegen.“

sagt Prof. Dr. Petra Bendel, Migrationsforscherin der FAU Erlangen-Nürnberg und Autorin des Reports.

„Die Verantwortung für Schutzsuchende beginnt nicht erst an den Grenzen der EU, und sie endet hier auch nicht. Deutschland und Europa müssen in Partnerschaft mit Geflüchteten und Ländern im Globalen Süden neue Lösungen für Fluchtsituationen nach dem Grundsatz der globalen Verantwortungsteilung finden – und nicht nach dem Prinzip der Abschottung.“

Dr. Benjamin Etzold, Migrationsforscher am bicc (Bonn International Centre for Conflict Studies) und Autor im Report Globale Flucht 2024

„Die Lage der vier Millionen Ukrainer ist von großer Unsicherheit geprägt. In 10 Monaten läuft der befristete Schutzstatus aus. Die Politik ist aufgerufen, nun schnell zu entscheiden wie es weitergeht und damit Gewissheit zu schaffen“.

Dr Franck Düvell, leitender Wissenschaftler am IMIS (Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien), Universität Osnabrück

Report Globale Flucht 2024

Herausgegeben von Jochen Oltmer, Marcel Berlinghoff, Franck Düvell, Christine Lang und Andreas Pott im Auftrag des BMBF geförderten Projekts »Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer« (FFVT).

S. Fischer Verlag, 288 Seiten, ISBN: 978-3-596-71069-0, € 18.

Im »Report Globale Flucht 2024« beleuchten über 30 Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen wichtige Aspekte rund um eines der drängendsten Themen unserer Zeit. Aktuelle Perspektiven aus Politik und Praxis und künstlerische Auseinandersetzungen mit Fluchtt Themen ergänzen die empirisch fundierten Erkenntnisse aus der Forschung. Der jährlich im S. Fischer Verlag erscheinende »Report Globale Flucht« ermöglicht vielfältige Einblicke in und auf das globale Fluchtgeschehen, bietet Orientierungshilfen in einem hochkomplexen Feld und lädt zur Reflektion der damit verbundenen Phänomene ein um über vermeintliche und tatsächliche akute Dringlichkeiten hinaus zu denken.

Schwerpunkt des Reports 2024 ist die Asylpolitik der Europäischen Union: Petra Bendel sowie MdEP Tineke Strik im Gespräch mit Franck Düvell ordnen die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ein. In den Rubriken »Berichte von der Grenze« und »Stand des Flüchtlingssschutzes« schaut u.a. Ludger Pries genauer auf das Geschehen an der US-mexikanischen Grenze, Martin Lemberg-Pedersen untersucht die Externalisierungspläne der britischen Tory- und dänischen sozialdemokratischen Regierung und Bernd Kasperek erläutert die Problematik von Pushbacks. In »Nachgefragt und nachgelesen« unterhält sich Ilija Trojanow mit Laura Lotte Lemmer über den Exilbegriff und die aktuelle Migrationsdebatte, Karin Scherschel erläutert im Gespräch mit Andreas Pott und Marcel Berlinghoff die begrifflichen Unterschiede von Flüchtlingen und Geflüchteten und Marcel Berlinghoff zeigt die Aktualität des wirkmächtigen Leitartikels »Völkerwanderungen des zwanzigsten Jahrhunderts« in »Die Zeit« vom Juli 1979. »Flucht regional« versammelt Expertisen u.a. von Franck Düvell zur Ukraine, von Nader Talebi und Aryasp Delvarani zum Herkunfts-, Ziel- und Transitland Iran; Carolien Jacobs beleuchtet die Situation von Binnenflüchtlingen in der DR Kongo. Hannes Schammann, Sybille Münch und Thorsten Schlee analysieren neben anderen in »Fluchtziel« die Diskussion um die angebliche Überforderung von Kommunen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden und Dominik Sauerbrey lässt in der »Fluchtchronik« die Zeit von Februar 2023 bis Februar 2024 im globalen Fluchtgeschehen Revue passieren.

Der »Report Globale Flucht 2024« erscheint am 27. Mai 2024.

Die Kernbotschaften des »Report Globale Flucht 2024« im Überblick

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, GEAS

Die jüngste Reform des Europäischen Asylsystems ist als Einigung sehr unterschiedlicher Interessen ein Durchbruch. Inhaltlich aber weist diese Reform eine deutliche Schiefelage auf: Das Ziel der Schutzgewährung von Asylsuchenden ist gegenüber dem - berechtigten – Anspruch der Mitgliedstaaten auf Kontrolle ihrer (gemeinsamen Außen-)Grenzen und den Souveränitätsansprüchen einiger Mitgliedstaaten ins Hintertreffen geraten (siehe den Beitrag von Bendel im RGF). Bei Umsetzung der Reform stehen zu befürchten: eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls, mangelnde Verfahrensgarantien im Grenzverfahren, eine Ausweitung der Zahl „sicherer Drittstaaten“ mit womöglich zweifelhafter menschen- und flüchtlingsrechtlicher Performanz und dadurch letztlich eine Unterhöhung des grundlegenden flüchtlingsrechtlichen Prinzips des Non-Refoulements, also dem Verbot der Ausweisung, Auslieferung oder Rückschiebung von Personen, denen im Zielland schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Dem „Neuen Pakt für Migration und Asyl“ gelingt es außerdem nicht, die Ungleichverteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten zu beheben. Es steht daher zu befürchten, dass der in den vergangenen Jahren beobachtete „Negativwettbewerb“ bei der Garantie von Standards zu den Asylverfahren, den Aufnahme- und Integrationsbedingungen kaum gebrochen werden kann. Ob und wie diese im Report konstatierten und illustrierten zahlreichen Missstände durch die neuen Einigungen durchbrochen werden kann, ist gegenwärtig nicht zu erkennen (siehe Interview mit Strik MEP im RGF). Der Report Globale Flucht verlangt stattdessen eine Rückbesinnung auf jene menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards, die dem GEAS eigentlich zugrunde liegen.

Globale Fluchtbewegungen

Die aktuellen Fluchtdebatten konzentrieren sich auf Abschreckungsmaßnahmen. Dieser Fokus verzerrt die Tatsachen (Beitrag von Trojanow im RGF): Die Mehrheit von Geflüchteten erhält Schutz in Ländern des globalen Südens. Von den 281 Millionen Migrant:innen, nur 3,6 %, der Weltbevölkerung, sind wiederum nur 36,4 Millionen Flüchtlinge, 0,5% der Weltbevölkerung, darunter 6,1 Millionen Asylsuchende. Daneben gibt es 62,5 Millionen Binnenvertriebene. Flucht und Vertreibungen finden überwiegend zwischen Nachbarländern und insbesondere in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen im Globalen Süden statt. So leben beispielsweise die allermeisten der Vertriebenen in Afrika in den jeweiligen Nachbarländern auf dem Kontinent und erhalten dort Unterstützung.

Die Auswirkungen der GEAS-Reform außerhalb Europas

Deutschland und Europa leisten einen bedeutenden Beitrag zum Flüchtlingsschutz. So hat Deutschland 2023 zwar 320.000 und die ganze EU 1.050.000 Geflüchtete aufgenommen, dennoch ist dies nur ein Bruchteil der Gesamtzahl. Doch die innereuropäischen politischen Debatten, die nun in der Verabschiedung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gemündet sind, erwecken den Eindruck, dass Deutschland und Europa zunehmend die Augen vor der Realität in anderen Teilen der Welt verschließen. Die Verantwortung für Schutzsuchende beginnt oder endet aber nicht erst an unseren Grenzen. Grundlegende Normen des Flüchtlingsschutzes werden immer weiter erodiert. Bestehende globale Abkommen zum Flüchtlingsschutz sowie für eine geregelte

Migration spielen auf Europas politischen Bühnen keine Rolle. Die im Rahmen des Globalen Kompakt für Flüchtlinge von den EU-Mitgliedsstaaten zugesagte „globale Verantwortungsteilung“ ist lediglich ein Lippenbekenntnis; in der Praxis ist von dieser globalen Solidarität nicht viel zu sehen.

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) hat auch über Europas Grenzen hinaus weitreichende Konsequenzen: Drei Effekte möchten wir hervorheben: Erstens, der weitere Ausbau der Grenzsicherung und die Einrichtung von riesigen Aufnahmelagern im EU-Grenzraum – wie auf den griechischen Ägäis-Inseln – werden grenzüberschreitende Fluchtbewegungen nach Europa nicht verhindern (Beiträge von Lemberg-Petersen, Bernau, Muhammadi und Kasperek im RGF). Sie werden aber dazu führen, dass Menschen auf der Flucht weiter kriminalisiert, ihre Bewegungen verlangsamt und sie auf längere und gefährlichere Wege gelenkt werden. Dabei werden schwere Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen und in hochgesicherten Flüchtlingscamps und sogar der Tod von Schutzsuchenden auf risikoreicheren Strecken fahrlässig in Kauf genommen. Sichere und legale Wege - also humanitäre Aufnahmeprogramme - werden kaum angeboten. Daher wird die Abhängigkeit von Schleppern steigen und das Geschäft mit der irregulären Migration weiterwachsen – das Gegenteil dessen, was die Reform des GEAS eigentlich auch erreichen sollte.

Zweitens wird die GEAS zu einer Verlängerung und Verfestigung von Vertreibungssituationen außerhalb und am Rand Europas führen. Weltweit leben zwei Drittel aller Geflüchteten in sogenannten „langanhaltenden Vertreibungssituationen“. Das heißt, dass sie schon vor vielen Jahren in ein anderes Land flohen, bislang nicht in ihr Heimatland zurückkehren konnten, sondern unter prekären Bedingungen im Exil leben. So werden im Report Globale Flucht die extrem schwierigen Bedingungen von syrischen Flüchtlingen in der Türkei (Beitrag von Canlar/Kale im RGF), die Arbeitsausbeutung und Diskriminierung von Afghan:innen im Iran (Beitrag von Talebi/Delvarani im RGF), die hoffnungslose Situation der aus Myanmar geflohenen Rohingya in Bangladesch (Beitrag von Etzold/Ansar im RGF) oder die massenhafte Binnenvertreibung im Kongo beschrieben (Beitrag von Jacobs im RGF). Lange schwelende Vertreibungskrisen werden bei uns ignoriert, insbesondere dann, wenn sie weit weg sind. Doch diese Ignoranz kann verheerende Konsequenzen haben und zu erheblicher Fluchtzuwanderung in der Zukunft führen. Die Reform des GEAS bietet keinerlei Beitrag zur Lösung von langanhaltenden Fluchtkrisen.

Drittens, eine auf die Erhöhung der Zahl der Rückführung aus Europa ausgerichtete Politik ist weder sinnvoll, nachhaltig noch durchsetzbar. Einerseits benötigt das alternde Europa dringend Arbeits- und Fachkräfte, aber dennoch werden abgelehnte Asylsuchende abgeschoben, sogar, wenn sie arbeiten oder sich in Ausbildung befinden. Hier wäre ein konsequenter Spurwechsel pragmatischer. Andererseits werden viele Staaten den Migrationsabkommen ihre Zustimmung verweigern oder nur bedingt umsetzen, da sie einseitig an den Interessen Europas ausgerichtet sind und die Interessen der Partnerländer ignorieren. Rückführungen (Beitrag von Baraulina/Kothe im RGF) verstärken die Armut in den Herkunftsregionen, u.a. weil dann die Rücküberweisungen der in Europa lebenden Migrant:innen ausbleiben, die in vielen ärmeren Ländern ein Rückgrat der Wirtschaft und für Familien überlebenswichtig sind. Zudem werden mit der Unterzeichnung von Migrationsabkommen mit autoritären Staaten die dortigen Demokratisierungsprozesse unterlaufen. Zudem begibt sich Europa in eine große Abhängigkeit von Despoten.

Lernen aus der Flüchtlingsaufnahme im Globalen Süden

Arme Länder nehmen wie erläutert die meisten Geflüchteten auf, wie z. B. Bangladesch, Äthiopien, Kenia und Uganda. In einigen dieser Länder findet die Integration auf lokaler Ebene statt, teils auch ohne offizielle Integrationspolitik. Aus dort durchgeführten Projekten können auch Einsichten für die Integration von Geflüchteten in Deutschland und Europa gewonnen werden. Beispielsweise können integrierende Dienstleistungen bedeutende soziale Effekte entfalten. So haben Maßnahmen zur technischen und beruflichen Bildung in Äthiopien auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen Geflüchteten und Aufnahmegemeinschaften beigetragen. Die Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen mit Organisationen, die von Geflüchteten geleitet werden hat geholfen, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der Geflüchteten auf lokaler Ebene besser zu berücksichtigen. Einige lokale Regierungen betrachten Geflüchtete gar nicht als ein Problem, sondern als eine Art Entwicklungshelfer in marginalisierten Regionen des Aufnahmelandes, wie etwa in Tansania und Sambia. Geflüchtete in ärmeren Ländern sind mitunter Pioniere bei der Nutzung digitaler Tools oder mobiler Finanzplattformen, so sie Informationslücken oder keinen Zugang zu Bankkonten haben.

Ukraine: wie geht es weiter?

In der EU wirft der Umgang mit dem russischen Angriffskrieg und der anschließenden beispiellosen Flucht gleich mehrere Fragen auf (Beiträge von Düvell und Matiychuk im RGF): Was kommt im schlimmsten Fall noch auf uns zu? Welche Lehren können wir aus dem Umgang mit der Aufnahme der Geflüchteten ziehen? Wie soll es denn jetzt weiter gehen mit den Ukrainer:innen?

Der Krieg hat die größte Fluchtbewegung der Nachkriegszeit ausgelöst, es könnte aber sogar noch schlimmer kommen. Wenn nicht verhindert wird, dass Russland die Angriffe weiter eskaliert oder gar den Krieg gewinnt, müssen wir im Westen mit Millionen weiteren Flüchtenden rechnen.

Die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland ist bislang gut gelaufen: erstens, weil die Bundesregierung auf staatliche Verteilung und zentralisierte Lagerunterbringung verzichtet und die dezentrale Privatunterbringung zugelassen hat. Zweitens, weil die Zivilgesellschaft massiv geholfen hat, sonst wäre das Aufnahmesystem bereits im Frühjahr 2022 zusammengebrochen (Beiträge von Dollmann/Jacobsen/Mayer und von Pryhorneytska). Drittens, die EU hat in diesem Fall gut funktioniert, die Mitgliedstaaten haben schnell Einigkeit erzielt, eine humanitäre Linie gefunden und mit einem vorübergehenden Aufnahmestatus ihnen rasch einen Rechtsstatus erteilt. Und viertens, werden Ukrainer:innen durch Sprachkurse, Job-Turbo und andere Maßnahmen relativ schnell integriert.

Aber, der vorübergehende Schutzstatus der vier Millionen Ukrainer:innen in der EU, rund eine Millionen in Deutschland läuft in nicht einmal 10 Monaten aus. Für das weitere Vorgehen müssen die Interessen der Ukraine, der Aufnahmestaaten und der Geflüchteten berücksichtigt werden. Man muss jetzt schnell eine Anschlussperspektive entwickeln. Ansonsten haben wir in der EU in Kürze ein Riesenproblem und vier Millionen Menschen ohne Aufenthaltsstatus.

Kommunen verlässlicher unterstützen

Die Kommunen waren und sind mit der Aufgabe, rund 300.000 Asylsuchende und etwa eine Million ukrainische Schutzbedürftige unterzubringen, stark gefordert, manche von ihnen auch überfordert – was jedoch zu differenzieren ist: Einer Kurzbefragung durch unsere Kolleg:innen an der Uni Hildesheim zufolge sind 60 % der Kommunen ja noch nicht am Limit, 40% hingegen schon (Beitrag von Schammann, Münch und Schlee im RGF). Es kommt eben darauf an, wie die Zuteilung erfolgt und wie die Kommunen auch vorbereitet sind.

Für die Unterbringung und Verpflegung der Geflüchteten sind die meisten von ihnen auf frische Ressourcen aus Bund und Ländern angewiesen, die nun unlängst durch die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) durch einen Sockelbetrag und eine sogenannte „Kopfpauschale“ garantiert wurden. Doch es geht nicht nur um eine angemessene Erstversorgung, sondern auch um längerfristige Integration – den Zugang zu Wohnraum, zu Gesundheit, zu Sprachkursen, Kita, Schule und Arbeitsmarkt.

Viele Kommunen bringen das dafür nötige Innovations- und Integrationspotential mit. Aber sie brauchen flexible, zuverlässige und dauerhafte Finanzierungszusagen durch den Bund und die Länder und eine ausreichend große Personalausstattung. Um ihr Potenzial weiter zu fördern, dürfen sie jetzt nicht allein gelassen werden. Bund, Länder, Städte und Gemeinden könnten sogar prüfen, inwieweit verlässliche Integrationsarbeit dadurch gewährleistet werden kann, dass man sie zu einer kommunalen Pflichtaufgabe macht. Das würde ihre Ressourcen nachhaltig absichern, um die Krisenresistenz unserer vielfältigen Bevölkerung zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Aus dem Inhalt des »Report Globale Flucht 2024«

Fokusthema: Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems richtet die Leitplanken der Flüchtlingspolitik in Europa neu aus. Während die Einigung als Durchbruch gefeiert wird, erfährt der Inhalt scharfe Kritik aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Was steckt hinter dem Reformpaket und welche Auswirkungen sind zu erwarten?

- Petra Bendel: *Durchbruch und Desaster: Die jüngste Einigung auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems*
- Tineke Strik im Gespräch mit Franck Düvell: »Ich befürchte, dass der Pakt das Gegenteil dessen bewirken wird, was er erreichen soll«

Berichte von der Grenze

An Grenzen werden Bedingungen, Entwicklungen, Einschränkungen und Möglichkeiten von Flucht besonders sichtbar. Es sind Übergangszonen der Entscheidung in denen sich staatliche Kontrolle und individuelles Handeln begegnen oder aus dem Weg gehen. Neben einem Blick auf die US-mexikanische Grenze werden hier künstlerische Auseinandersetzungen mit Grenzsituationen vorgestellt.

- Khaled Barakeh: *Self Portrait as a Power Structure*
- Ludger Pries: *Erzwungene Migration und die Grenze zwischen Mexiko und den USA*
- Hussein Mohammadi: *Unter einem Baum*

Zum Stand des Flüchtlingsschutzes

Der internationalen Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz versuchen sich nicht nur europäische Staaten zu entziehen. Dabei haben die Versuche der Auslagerung von Migrationskontrolle ebenso fundamentale Auswirkungen auf die davon betroffenen Gesellschaften. Zudem unterlaufen fehlende abschreckende Praktiken bei der Aufnahme wie auch der Abwehr von Geflüchteten den Flüchtlingsschutz.

- Martin Lemberg-Pedersen: *Externalisierungsbestrebungen europäischer Staaten*
- Olaf Bernau: *Niger: Vom Transitland zum EU-Hotspot südlich der Sahara*
- Benjamin Etzold und Anas Ansar: *Geflohene Rohingya in Bangladesch – Wie kann diese langanhaltende Vertreibungskrise gelöst werden?*
- Yonous Mohammadi im Gespräch mit Franck Düvell: »Mit den schlechten Aufnahmebedingungen drängen die griechischen Behörden die Schutzsuchenden de facto dazu, das Land zu verlassen«
- Bernd Kasperek: *Pushbacks an Europas Grenzen*

Nachgefragt und Nachgelesen

Begriffe und Konzepte von Flucht werden immer wieder neu verhandelt, teils unter Rückgriff, teils in Ignoranz historischer Debatten. Dabei werfen die geäußerten Verständnisse von Flucht und Geflüchteten, Unterstützung und Abwehr immer auch Schlaglichter auf die Gesellschaften und Zeiten in denen sie diskutiert werden.

- Karin Scherschel im Gespräch mit Andreas Pott und Marcel Berlinghoff: »Wen oder was meinen wir eigentlich, wenn wir von Flucht und Geflüchteten sprechen?«
- Marcel Berlinghoff: »Boat people klingt harmloser...« Der Artikel »Völkerwanderungen des zwanzigsten Jahrhunderts« von Marion Gräfin Dönhof aus dem Juli 1979 neu gelesen
- Jochen Oltmer: Ein Schutzstatus für »Bürgerkriegsflüchtlinge«? Die (Nicht-)Aufnahme von Geflüchteten aus den postjugoslawischen Kriegen der 1990er Jahre in Deutschland
- Ilija Trojanow im Gespräch mit Laura Lotte Lemmer: »Die meisten Debatten heutzutage haben mit der Realität der Migration nichts zu tun«

Flucht regional

Der weit überwiegende Teil des globalen Fluchtgeschehens findet in anderen Weltregionen statt, wenngleich Europa seit der Flucht in und aus der Ukraine nicht mehr nur Ziel- sondern auch Ausgangsraum von Flucht geworden ist. Gleiches gilt auch für die Türkei und den Iran, die sowohl Herkunfts-, Ziel- und Transiträume von Flucht sind. Eine zentrale Erscheinung des globalen Fluchtgeschehens ist Binnenflucht, deren Bedingungen hier am Beispiel der DR Kongo vorgestellt werden.

- Franck Düvell: *Einführung in die Rubrik*
- Franck Düvell: *Ukraine*
- Oxana Matiychuk im Gespräch mit Bettina Bannasch: *Pendelbewegungen: Flucht, Engagement und Resilienz angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine*
- Eray Canlar und Başak Kale: *Türkei*
- Nader Talebi und Aryasp Delvarani: *Iran*
- Carolien Jacobs: *Demokratische Republik Kongo*

Fluchtziel Bundesrepublik Deutschland

Die deutsche Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten drehte sich in den vergangenen Monaten vor allem um die Überlastung von Kommunen durch das Zusammenkommen der Fluchtbewegungen aus der Ukraine und anderen Herkunftsregionen. Etwas aus dem Blick geraten ist dabei das weiterhin anhaltende vielseitige zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete in Deutschland.

- Hannes Schammann, Sybille Münch und Thorsten Schlee: *Die Produktion der Überforderung. Die kommunale Aufnahme Schutzsuchender im Jahr 2023*
- Tatjana Baraulina und Christian Kothe: *Eine nachhaltige Rückkehr: Anspruch und Wirklichkeit*
- Jörg Dollmann, Jannes Jacobsen und Sabrina J. Mayer: *Die Unterstützung ukrainischer Geflüchteter in Deutschland im Zeitverlauf. Eine längsschnittliche Analyse des DeZIM.panels*
- Nataliya Pryhornytska im Gespräch mit Christine Lang: *Die ukrainischstämmige Zivilgesellschaft in Deutschland: Wandel und Herausforderungen*

Fluchtchronik

Von Februar 2023 bis Februar 2024: zentrale und exemplarische Ereignisse und Entwicklungen der Flucht in Deutschland, Europa und global.

- Dominic Sauerbrey: *Fluchtchronik 2023/24*

Über das Projekt

»Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer« (FFVT)

Das Verbundprojekt »Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer« (FFVT) zielt auf die Stärkung einer interdisziplinären Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland. Dazu führt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Vorhaben die Forschung zu Migration, Entwicklung, Konflikten und Gewalt, Klimawandel, Gesundheit, Governance und Menschenrechten zusammen. Auf diese Weise unterstützt FFVT die Vernetzung der zum Themenkomplex Flucht arbeitenden Einrichtungen und Wissenschaftler:innen. Um zukünftig eine akademische Ausbildung in der Flucht- und Flüchtlingsforschung zu ermöglichen, plant FFVT den Aufbau von Studien- und Graduiertenprogrammen. FFVT will zudem die Internationalisierung der wissenschaftlichen Aktivitäten in Deutschland vorantreiben und bietet deshalb unter anderem ein globales Fellowship-Programm an. Der Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis, Medien und Politik ist ein weiteres Schlüsselement seiner Arbeit. FFVT soll einen Beitrag leisten, eine nachhaltige Infrastruktur der Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland zu etablieren, um exzellente wissenschaftliche Arbeit zu ermöglichen. FFVT wird gemeinsam betrieben vom Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), vom Centre for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN, FAU Universität Erlangen Nürnberg), vom German Institute of Development and Sustainability (IDOS, Bonn) und vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS, Universität Osnabrück).

Kontakt

Dr. Franck Düvell / FFVT Verbundkoordination / Universität Osnabrück / franck.duvell@uni-osnabrueck.de

Maarit Thiem / FFVT Verbundkoordination / Bonn International Centre for Conflict Studies / maarit.thiem@bicc.de

Besuchen Sie die FFVT Website auf <https://ffvt.net> und folgen Sie FFVT auf Twitter: [@FFVT_Project](https://twitter.com/FFVT_Project)